

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/08/2010

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses am 23.11.2010,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:30 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Christian Conring

Stadtverordnete

Herr Rolf Griesenberg
Herr Dirk Langbehn
Herr Detlef Levenhagen
Frau Birte Voss

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dieter Brandt
Herr Michael Stukenberg - beratend -

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Siegfried Lorenz
Herr Max Rünzel - bis 21:20 Uhr -

Verwaltung

Herr Horst Kienel - Berichterstatter -
Herr Peter Röckendorf - Protokollführer -
Herr Michael Sarach - Bürgermeister -

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Tobias Koch

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 07/2010 vom 26.10.2010
5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
6. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts **2010/121**
7. Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten **2010/138**
8. Höhe der Parkgebühren **2010/096**
9. 2. Änderung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Hundesteuer **2010/124**
10. Erlass der Haushaltssatzung 2011 für das Haushaltsjahr 2011 und Folgejahre **2010/127**
 - 1. Entwurf des doppelhaushalts mit Ergebnis - und Finanzhaushalt für 2011 und die Folgejahre 2012 bis 2014 -
11. Verschiedenes
- 11.1. 2. Nachtragshaushaltssatzung 2010
12. Kenntnisnahmen

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Conring, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Festsetzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird um den nichtöffentlichen Teil „13. Verschiedenes“ erweitert.

3. Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner hat Fragen bzw. Anregungen zum Tagesordnungspunkt 7. „Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten“.

Er fragt an, warum Flippergeräte nicht wie Dart oder Billard von der Vergnügungssteuer befreit werden. Es handelt sich bei Flippergeräten seines Erachtens genauso um ein Sportgerät wie ein Dartautomat oder Billardtisch. Er bittet die Mitglieder des Finanzausschusses, diese Angelegenheit zu klären und wenn möglich, Flippergeräte von der Vergnügungssteuer zu befreien.

Eine Einwohnerin bedankt sich bei der CDU-Fraktion für die Initiative, die Sanierung der Grundschule Am Reesenbüttel in den städtischen Haushalt aufzunehmen. Der Antrag der CDU sieht eine Sanierung in den Jahren 2012 bis 2014 vor.

Es werden keine weiteren Einwohnerfragen gestellt.

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 07/2010 vom 26.10.2010

Herr Conring merkt zum Tagesordnungspunkt 8. „Erlass der Haushaltssatzung 2011“ an, dass Einsparungen von durchschnittlich 3 Mio. € - und nicht wie protokolliert 6 Mio. € - erforderlich seien (Seite 9, 2. Absatz, 1.Satz).

Es werden keine weiteren Einwendungen vorgetragen.

5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Zurzeit befinden sich rd. 450.000 € auf den städtischen Konten. An routinemäßigen Ausgaben werden bis Ende des Jahres rd. 8 Mio. € fällig. An Einzahlungen werden in diesem Jahr noch 2 Mio. € Gemeindeanteil an Einkommensteuer und rd. 350.000 € Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer erwartet. Weiterhin ist zurzeit noch ein Betrag von 1 Mio. € als Tagegeld angelegt. Dieses ergibt zusammen einen Saldo von rd. minus 4,18 Mio. €. Hinzu kommen noch Auszahlungen aus dem laufenden Betrieb. Erfahrungsgemäß sind dieses bis zum Ende des Jahres erhebliche Beträge. Ein Vergleich der letzten Jahre hat eine tägliche Auszahlung von durchschnittlich rd. 200.000 € ergeben. Der städtische Haushalt weist somit eine Liquiditätslücke von knapp 9 Mio. € auf. Deutliche Veränderungen sind bis zum nächsten Steuertermin am 15.02.2011 nicht zu erkennen. Insofern ist zu entscheiden, ob die Kreditermächtigung 2010 insgesamt ausgeschöpft wird. Herr Kienel wird hierzu im nichtöffentlichen Teil weiter berichten.

6. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts

Herr Conring erklärt, dass Personalkosteneinsparungen grundsätzlich kein Tabu sein dürfen. Die jetzige Haushaltslage zeigt eindeutig, dass mehr ausgegeben als eingenommen wird. Insofern müssen in erster Linie die Aufwendungen bzw. Auszahlungen reduziert werden.

Die Verwaltung erklärt, dass trotz eines Stellenzuwachses durch die Einstellung von Betreuungspersonal für Krippenplätze die Anzahl der Stellen nur moderat ansteigt. Die Schaffung von Krippenplätzen wird zukünftig den Haushaltsetat noch stärker belasten.

Auf Nachfrage erklärt Herr Kienel, dass ein Konzept erstellt werden soll, um mittel- und langfristig den Personalbestand bzw. die damit verbundenen Aufgaben zu reduzieren.

In diesem Zusammenhang wird von Herrn Sarach betont, dass die Leistungsfähigkeit der Verwaltung gewährleistet sein muss. Die Durchführung einer Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik sei sinnvoll, um überprüfen zu können, welche Aufgaben zukünftig nicht mehr durch die Verwaltung erledigt werden müssen. Weiterhin sei die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung geplant, um mehr Aussagen zu bestimmten Aufgaben- und Arbeitsbereichen erhalten zu können. Aber auch dafür sei natürlich Personal erforderlich.

In diesem Zusammenhang wird von einem Ausschussmitglied mehr Transparenz eingefordert. Auch fehlen noch Kennzahlen, um gezielte Aussagen - z. B. zum Haushalt - treffen zu können.

Der Ausschuss diskutiert im Nachfolgenden die Vorschlags- bzw. Hinweisliste, die als Anlage der Sitzungsvorlage beigelegt ist.

I.

Zu 1.

Eine Erhöhung der Hundesteuer sollte auch für diesen Bereich eingesetzt werden, so ein Ausschussmitglied.

Steuererträge sind nicht zweckgebunden und dienen als allgemeine Deckungsmittel.

Zu 4.

Herr Kienel verweist auf das anhängige Verfahren. Ob die Erhebung der höheren Konzessionsabgabe kartellrechtlich zulässig sei, ist zurzeit noch nicht entschieden.

Zu 23.

Eine Überprüfung der Entgelte für die Benutzung der städtischen Räumlichkeiten durch Dritte soll zeitnah wiederholt werden.

In diesem Zusammenhang wird angeregt, dass Gebührenanpassungen und

Erhöhungen grundsätzlich in die Zuständigkeit des Finanzausschusses fallen sollten. Herr Kienel verweist auf die Zuständigkeitsordnung. Gegebenenfalls muss diese überprüft und angepasst werden.

Zu 28.

Eine Anpassung der Erbbauzinsen ist gerade erfolgt.

II.

Zu 16.

Herr Kienel erklärt, dass im nichtöffentlichen Teil ein Bericht zur Verwendung aus Legaten und Erbschaften erfolgt.

Zu 24.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass von der Zentralen Gebäudewirtschaft noch ein Zwischenbericht zur Gebäudeleittechnik zu erfolgen hat. Insbesondere ist eine Aussage über die Höhe der Einsparungen zu treffen.

Herr Sarach betont, die Budgetierung für Schulen einführen zu wollen. Es müssen finanzielle Anreize geschaffen werden, von denen auch der Nutzer der städtischen Einrichtung profitiert.

III.

Zu 14.

Der Bestand an städtischen Wohnungen wurde bereits in den letzten Jahren überprüft und stetig abgebaut.

Zu 16.

Ein Ausschussmitglied teilt mit, dass die Schließung des Bades nicht infrage käme. Eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit muss trotzdem erreicht werden.

Die Punkte 22., 23., 28., 32., 39. und 46. fallen ebenfalls in die Zuständigkeit des Finanzausschusses und werden kurz besprochen.

Im Anschluss wird die im Haushalt auf den Seiten 24 bis 26 abgedruckte Übersicht der Zuweisungen und Zuschüsse an Vereine und Verbände durchgesehen.

Insbesondere im Bereich der KiTa-Einrichtungen in fremder Trägerschaft ist eine deutliche Steigerung der Zuweisungen zu verzeichnen.

Die Steigerung des Zuschusses im Bereich ÖPNV ist auf die Erweiterung der Buslinie nach Wulfsdorf sowie auf die Anbindung des Haltepunktes Gartenholz zurückzuführen.

Auf Nachfrage erklärt die Verwaltung, dass die Mitgliedschaft in der Marketing-Kooperation „Städte in Schleswig-Holstein“ einen jährlichen Beitrag von rd. 5.000 € verursacht (Seite 28 im Haushaltsentwurf).

In der abschließenden Diskussion wird angeregt, die Kostendeckungsgrade der städtischen Einrichtungen (z. B. VHS, Bücherei, KiTas) zu verbessern.

Hierauf hat im Übrigen der Innenminister in seinem Schreiben zur Haushalts-satzung 2010 hingewiesen.

7. Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten

Herr Langbehn stellt den Antrag für die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, die Vergnügungssteuer ab 2011 um 11 von Hundert der elektronisch gezahlten Nettokasse anzuheben. Über den Änderungsantrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 6 dafür

Abschließend wird über den Beschlussvorschlag mit der Ergänzung, den Steuersatz auf 11 von Hundert ab 2011 festzulegen, abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

8. Höhe der Parkgebühren

Für die Angelegenheit ist federführend der Bau- und Planungsausschusses zuständig.

Herr Conring verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion in dieser Sache. Dieser sieht die Einführung einer Gebühr für die Parkplätze Alte Reitbahn und Klaus-Groth-Straße/ Bruno-Bröker-Heim vor. Weiterhin soll das Tarifsystem für die Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt angepasst werden.

Angeregt wird die Bewirtschaftung der Parkplätze mit einer Schrankenanlage.

Ein Ausschussmitglied gibt bei einer Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung zu bedenken, dass ein Verdrängungsverkehr in Wohngebiet stattfinden kann.

In dieser Angelegenheit wird kein Beschluss durch den Finanzausschuss gefasst.

9. 2. Änderung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Hundesteuer

Die CDU-Fraktion verweist in dieser Angelegenheit auf ihren Antrag Nr. 78/2010. vom 14.11.2010.

Der Finanzausschuss vertagt diese Angelegenheit auf den 09.12.2010.

10. **Erlass der Haushaltssatzung 2011 für das Haushaltsjahr 2011 und Folgejahre**
- 1. Entwurf des doppischen Haushalts mit Ergebnis - und Finanzhaushalt für 2011 und die Folgejahre 2012 bis 2014 -

Auf Nachfrage erklärt Herr Kienel, dass die Erhöhung der Grundsteuer B bereits im Haushalt einkalkuliert wurde. Das gleiche gilt für die Erhöhung der Hundesteuer.

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass die Ergänzung zum Haushaltserschluss eine Verbesserung im Bereich der Einkommensteueranteile in Höhe von rd. einer $\frac{3}{4}$ Million sowie einer Verbesserung bei den Schlüsselzuweisungen sowie bei dem Familienleistungsausgleich vorsieht.

Zum Haushalt 2011 sind mittlerweile verschiedene Anträge gestellt worden. U. a. der **Antrag Nr. 64/2010** der CDU-Fraktion. Dieser sieht eine Veränderung bei den Auszahlungen für Grunderwerb vor. Ein Erwerb des THW-Gebäudeteiles ist in 2011 nach wie vor möglich. Dieser Grunderwerb ist erforderlich, um alle Feuerwehrfahrzeuge in Garagen unterzubringen.

Der **Antrag Nr. 85/2010** der FDP-Fraktion sieht eine Absenkung der Grundstückserlöse vor. Dieses insbesondere wegen der verzögerten Erlenhof-Planung und den bereits in 2011 einkalkulierten Grundstückserlösen in Höhe von 1 Mio. € für dieses Gebiet.

Aus Sicht der FDP-Fraktion kann erst in 2012 mit Grundstückserlösen aus diesem Bereich gerechnet werden.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN werden folgende Anträge in die Beratung eingebracht:

Antrag Nr. 84/2010 / Einführung einer Reservierungsgebühr für Gewerbegrundstücke in Höhe von 1 % des späteren Kaufpreises.

Antrag Nr. 82/2010 / Pauschale Kürzung des Kontos 5431000 (Allgemeine Geschäftsaufwendungen) in Höhe von 10 % des Ansatzes.

Antrag Nr. 81/2010 / Pauschale Kürzung des Kontos Sammelposten 0791000 und 0891000 in Höhe von 10 % des Ansatzes.

In der anschließenden Diskussion wird festgehalten, dass sowohl investive Auszahlungen zu begrenzen sind als auch die Aufwendungen im Ergebnishaushalt reduziert werden müssen.

Herr Sarach betont, dass die Haushaltskonsolidierung eine gemeinsame Aufgabe der Selbstverwaltungsgremien und der Verwaltung sein müsse. Die Verwaltung habe sich bemüht, einen vertretbaren Haushalt vorzulegen, der bereits erhebliche Einsparungen enthält. Pauschale Kürzungen von Ansätzen sind seines Erachtens der verkehrte Weg. In diesem Zusammenhang erklärt er, dass Anstrengungen unternommen werden müssen, um zukünftig Zuschüsse an Dritte reduzieren zu können. Auch die Politik sei aufgefordert, bestimmte Vereinsstrukturen zu verändern und eine Umorganisation von Vereinen möglich zu machen.

Herr Conring entgegnet, dass dieses nicht Aufgabe der Politik sein könne, die in ihrer Freizeit die Aufgabe eines Kommunalpolitikers wahrnimmt.

Abschließend wird kurz über den **Antrag Nr. 86/2010** der FDP-Fraktion diskutiert. Dieser sieht vor, die investiven Auszahlungen für die Beschaffung eines Gartenhauses für den Kindergarten Pionierweg von 15.000 € auf 5.000 € zu reduzieren.

Herr Langbehn bittet die Verwaltung, zukünftig wesentliche Veränderungen der Haushaltsansätze zum Vorjahr besser zu erläutern. Die Verwaltung sagt zu, dieses mit dem nächsten Haushaltsentwurf umsetzen.

Zum Haushalt 2011 wird kein Beschluss gefasst und die Angelegenheit wird auf den 09.12.2010 vertagt.

11. Verschiedenes

11.1. 2. Nachtragshaushaltssatzung 2010

Herr Kienel berichtet, dass der Innenminister die in der 2. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Ahrensburg beschlossenen Festsetzungen in dem erforderlichen Umfang genehmigt hat. Der Innenminister hat nochmals darauf hingewiesen, dass die Entwicklung der Fehlbeträge zeigt, dass die Stadt Ahrensburg dringend umfassende Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung ergreifen muss.

12. Kenntnisnahmen

K e i n e

gez. Christian Conring
Vorsitzender

gez. Peter Röckendorf
Protokollführer